

***Für einen sozialen, ökologischen  
und weltoffenen Kreis Warendorf –  
Gemeinsam schaffen wir das!***

**Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2014**

***DIE LINKE.***  
Kreisverband Warendorf

## Inhaltsverzeichnis

<b>Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!</b> .....	<b>3</b>
<b>Sozial ist muss!</b> .....	<b>3</b>
<b>Hartz IV muss weg!</b> .....	<b>4</b>
<b>Keine Privatisierung von kommunalen Tätigkeiten</b> .....	<b>5</b>
<b>Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht</b> .....	<b>5</b>
<b>Frauen und Männer gemeinsam – Gleiche Rechte, gleiche Chancen!</b> .....	<b>6</b>
<b>Migrantinnen und Migranten</b> .....	<b>8</b>
<b>Für eine sozial gerechte Familienpolitik</b> .....	<b>9</b>
<b>Kinder und Jugendliche</b> .....	<b>10</b>
<b>Bildung für alle</b> .....	<b>10</b>
KiTa-Plätze für alle.....	10
Grundschule.....	10
Sekundarschule I.....	10
Sekundarschule II.....	11
Inklusion.....	11
Schulsozialarbeit.....	12
<b>Umwelt und Verkehr</b> .....	<b>12</b>
<b>Kampf gegen Rechts</b> .....	<b>13</b>
<b>Konsequent friedlich</b> .....	<b>13</b>
<b>Schlusswort</b> .....	<b>14</b>

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE Kreisverband Warendorf

Klosterstraße 16

59227 Ahlen

V.i.S.d.P.: Reiner Jenkel, Karl Stephan Schulte

c/o DIE LINKE WAF

## **Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!**

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Deshalb treten wir ein für:

- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung
- Nein zu den Hartz-Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte. Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagesplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche
- umfassende demokratische Mitwirkung, die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen, z.B. der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen soziale, lebenswerte und demokratische Städte und Gemeinden im ganzen Kreis Warendorf.

Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen entscheidend zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

### **Sozial ist muss!**

Seit Jahren wird in Berlin eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben. Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmungsrechte sowie gesicherte Beschäftigungsverhältnisse werden zugunsten einer schrankenlosen Entfaltung des Kapitals eingeschränkt. Dabei wird auch auf das Sozialstaatsgebot in Artikel 20 unseres Grundgesetzes keine Rücksicht genommen. Die sozialen Risiken werden immer mehr privatisiert. Die Auswirkungen dieser menschenverachtenden Politik werden auch im Kreis Warendorf immer sichtbarer.

Immer mehr Betriebe in unserem Kreis betreiben eine rücksichtslose Tariffucht. Immer mehr Unternehmen lagern ganze Betriebsteile aus, um die Tätigkeit durch Billiglohnfirmen erledigen zu lassen. Immer mehr Leiharbeitsfirmen breiten sich aus. Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Befristete Arbeitsverhältnisse sind längst die Regel und Festeinstellungen die Ausnahme. Aus der Not flüchten Betroffene immer öfter in eine Selbständigkeit oder werden in diese gedrängt.

Ob Ausbeutung oder Selbstausbeutung: Für immer mehr Menschen ist ausreichende Rente im Alter unerreichbar geworden. Für immer mehr Menschen unseres Kreises ist eine ordentliche Versorgung bei Krankheit nicht mehr finanzierbar. Dieses darf nicht mehr tatenlos hingenommen werden.

Auch im Kreis Warendorf müssen wir uns gegen Agenda 2010 und Hartz IV zur Wehr setzen. Deshalb will DIE LINKE die Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Warendorf, mit allen sozialen Bewegungen, den Vereinen und Verbänden vor Ort erfahrbare Verbesserungen für die Menschen unseres Kreises durchsetzen.

## **Hartz IV muss weg!**

Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Der Regelsatz ist zu niedrig, um Armut zu verhindern und soziale Teilhabe zu gewährleisten. Das Gesetz zwingt Menschen durch die Maxime „Jede Arbeit ist zumutbar“ in den Niedriglohnsektor. Damit subventioniert der Staat mit Steuergeldern ausbeuterische Arbeitgeber, die schlechte Löhne zahlen.

Auch im Kreis Warendorf müssen wir uns gegen Agenda 2010 und Hartz IV zur Wehr setzen. Viel zu oft müssen berechnete Ansprüche bei Sozialgerichten eingeklagt werden. Allein im Jahr 2012 wurden hier über 600 Sanktionen gegen ALG II EmpfängerInnen verhängt.

Die Linke wird weiterhin die Verwaltungspraxis kritisch verfolgen, die Interessen der Betroffenen vertreten und alle Möglichkeiten nutzen, Verbesserungen zu erreichen. Dieses Herangehen ändert nichts an der grundsätzlichen Ablehnung des Systems Hartz IV.

Wir fordern:

- Nutzung des Spielraumes in Hartz IV, Entscheidungen zu Gunsten der Betroffenen
- Schluss mit Zwangsumzügen und der Drangsalierung von ALG II EmpfängerInnen
- Volle Anrechnung von Miet- und Mietnebenkosten in tatsächlich anfallender Höhe
- Kreisweite Einführung von Sozialtickets für Bus und Bahn für Menschen mit geringem Einkommen. Hier steht das Land in der Verantwortung, die Finanzierung von einem Pauschalbetrag in eine echte Vollfinanzierung umzustellen.
- Einführung eines kreisweiten Sozialpasses
- Förderung von unabhängigen Arbeitslosenberatungsstellen

- Kostenloses Mittagessen in Schulen und Tageseinrichtungen für alle Kinder
- Einrichtung von öffentlich finanzierten Beratungs- und Ombudsstellen, die dabei helfen, Rechte und Ansprüche durchzusetzen
- 1 Euro-Jobs dürfen nur auf freiwilliger Basis angeboten werden und nicht als Instrument genutzt werden, um Leistungen zu kürzen oder zu streichen. In kommunalen Einrichtungen sind 1 Euro-Jobs umgehend in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.
- Grundrechte dürfen nicht gekürzt werden. Mit der massenhaften Sanktionierung von ALG II EmpfängerInnen muss sofort Schluss sein.

## **Keine Privatisierung von kommunalen Tätigkeiten**

- Aufgaben der Daseinsfürsorge müssen in kommunaler Trägerschaft bleiben. Wasser, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Energie, Wohnen, Bildung, Gesundheit, ÖPNV müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die Verschleuderung von öffentlichem Eigentum führt zu höheren Verbraucherpreisen, verminderten Leistungen sowie schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen.
- Die Wirtschaftsförderung und Vergabepraxis von öffentlichen Aufträgen muss geändert werden. Schon privatisierte kommunale Dienstleistungen des Kreises Warendorf müssen wieder zurück in die öffentliche Hand. Eine Kreiswirtschaftsförderung muss ohne Standortkonkurrenz der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf erfolgen.
- Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist an die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialrechtlichen Bestimmungen zu binden und an ausreichend Ausbildungsplätzen und Umweltstandards auszurichten.
- Soziale Gerechtigkeit beginnt in den Kommunen. Darum lasst uns gemeinsam aktiv werden gegen Lohndumping, Armut, Massenarbeitslosigkeit und die Zerschlagung von Sozialsystemen.

## **Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht**

Die neoliberalen Antworten der etablierten Parteien auf die Veränderungen der Altersstruktur in der Gesellschaft bedrohen Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Altersarmut, führen zum Absinken des Versorgungsniveaus im Alter und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationenzusammenhalt.

Der Propaganda vom „demographischen Wandel“ als gesellschaftliches Problem und allen Formen von Altersdiskriminierung treten wir entschieden entgegen.

DIE LINKE sagt klar: Es ist ein existenzielles Recht älterer und hochbetagter Menschen, ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Anerkennung führen zu können. Der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren muss entgegengewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden. Pflegebedürftigkeit ist eine äußerst belastende Lebenssituation, die ein hohes Armutsrisiko birgt. Pflegebedürftige und

ihre Angehörigen, aber auch Pflegekräfte, brauchen Entlastung, Unterstützung und Zuspruch. DIE LINKE sagt klar: Im Pflegedienst darf nur Fachpersonal zu Tariflöhnen eingesetzt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für

- ein bedarfs-, flächen- und qualitätsgerechtes Angebot an sozialen und pflegerischen Hilfen im Alter,
- wirksame Kontrolle in Heimen und der häuslichen Pflege zur Sicherung verbindlicher Standards in der Altenpflege,
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe,
- Berücksichtigung älterer Erwerbsloser bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben,
- bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, z. B. Seniorenwohngemeinschaften oder Wohnprojekte, in denen Alt und Jung zusammen wohnen können,
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren bezahlbar und barrierefrei,
- Förderung des Ausbaus einer bestmöglichen medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und spirituellen Behandlung und Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen sowie ihrer Angehörigen. Mit dem gemeinsamen Ziel, einer weitgehenden Linderung der Symptome nach den Wünschen der Betroffenen und Verbesserung der Lebensqualität zu sorgen sowie eine Erweiterung des Hospizangebotes zu fordern.
- den Aufbau kommunaler und leicht zu erreichender Pflegestützpunkte zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und Angehörigen.

## **Frauen und Männer gemeinsam – Gleiche Rechte, gleiche Chancen!**

Unser Grundgesetz regelt es eindeutig: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Die Frauenbewegung hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Fortschritte zur Verwirklichung dieser Gleichberechtigung erkämpft. Dennoch gibt es noch viel zu tun.

Obwohl Mädchen und junge Frauen inzwischen deutlich bessere Schulabschlüsse erreichen als Männer, werden sie im Beruf weiterhin benachteiligt. Geschlechterstereotypen und Vorurteile verwehren ihnen immer noch so manchen Arbeitsplatz, sie erhalten für gleich qualifizierte Arbeit im Durchschnitt geringere Löhne, viele klassische „Frauenberufe“ sind schlecht bezahlt und haben geringe Aufstiegschancen. Viele sozialversicherungspflichtige Stellen wurden in den letzten Jahren abgebaut und durch „Mini-Jobs“ ersetzt. Durch solche Arbeitsverhältnisse bleiben Frauen ökonomisch abhängig, entweder vom Ehe- oder Lebenspartner, von der Familie oder vom Staat.

Nach wie vor leiden viele Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, unter häuslicher Gewalt – auch im Kreis Warendorf. Jede vierte Frau wird im Laufe ihres Lebens von ihrem Partner oder Ehemann körperlich und oder sexuell misshandelt. Diese Gewalt ist kein Problem bestimmter Schichten oder Bevölkerungsgruppen, sondern in allen Schichten vertreten.

DIE LINKE setzt sich ein für eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleiche Rechte und Chancen haben, in der jede Frau selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann und in der Gewalt gegen Frauen geächtet sowie die Opfer geschützt werden.

Grundsätzlich gilt:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Öffentliche Aufträge sollen grundsätzlich nur von Kräften in sozialversicherungspflichtigen, tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen durchgeführt werden. Der Kreis verpflichtet sich, bei eigenen Stellen diese Regel einzuhalten.
- Kinderbetreuung in ausreichender Zahl und guter Qualität!
- Frauen, die sich für Familie und Beruf entscheiden wollen, brauchen eine ausreichende Zahl kostenloser, qualitativ hochwertiger und flexibler Betreuungseinrichtungen für Kinder. Es ist allemal besser, die Betreuung für Kinder zu finanzieren, als die Arbeitslosigkeit der Mütter.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass an allen Schulen pädagogische Konzepte zur Überwindung von Rollenklischees entwickelt und eingesetzt werden. Mädchen sollen besonders ermutigt und gefördert werden, Kompetenzen in Mathe, Naturwissenschaften und Technik zu erwerben, um ihre beruflichen Möglichkeiten zu erweitern. Ein „Girls' Day“ im Jahr ist nicht genug! Für technische und handwerkliche Ausbildungsplätze in den Kommunen sollen Mädchen gezielt angesprochen werden. Jungen sollen vor allem auch pädagogische Berufe nahe gebracht werden, damit schon in Kindergärten und Grundschulen männliche Vorbilder vorhanden sind.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Veröffentlichungen daraufhin überprüft werden, ob sie Frauen und Männer in wechselnden Rollen und in einer geschlechtergerechten Sprache darstellen. Wenn in städtischen Publikationen etwa immer nur FeuerwehrMÄNNER und GrundschullehrerINNEN vorkommen, verfestigt sich die Vorstellung, dass diese Berufe nur einem Geschlecht zugänglich seien.
- Schutz vor Gewalt und Belästigung! Der Kreis muss Beratungsstellen und Hilfsangebote für Opfer häuslicher und anderer Gewalt bereitstellen.
- DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen ein und fordert eine gezielte Unterstützung von Frauen mit Gewalterfahrungen. Um die Sicherheit für Mädchen und junge Frauen zu erhöhen, setzen wir auf den Ausbau von Nachtbussen, Diskobussen und Anrufsammeltaxis.
- Familienplanung und Schwangerschaft – Frauen- und Männersache!
- DIE LINKE setzt sich ein für Beratungsstellen, die Mädchen und Frauen weltanschaulich unabhängig, ergebnisoffen und umfassend zu allen Fragen von Sexualität, Beziehung, Familienplanung und Schwangerschaft beraten und die auch die gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsscheine für Schwangerschaftsabbrüche ausstellen.
- Besondere Unterstützung für Migrantinnen
- Frauen mit Migrationshintergrund brauchen besondere Unterstützung. DIE LINKE fordert daher im Kreis und den Kommunen Projekte zu starten, in denen Migrantinnen ausgebildet werden, um Frauen zu beraten und in

allen Fragen praktisch zu unterstützen, zum Beispiel bei schulischen Problemen, im Kontakt mit Behörden und Institutionen oder bei innerfamiliären Konflikten.

Die Linke setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Homo-, Bi- und Transsexuellen Menschen ein. Es gilt die Wahlfreiheit unterschiedlicher Lebensentwürfe zu stärken.

- Transgender müssen im Kampf um Anerkennung ihrer sexuellen Orientierung unterstützt werden.
- Insbesondere an Schulen gilt es Aufklärung zu leisten, um Toleranz zu fördern und das Selbstwertgefühl homosexueller Jugendlicher zu stärken. Die Schule sollte kein homophober Ort sein. Lehrer sollten dem Thema gegenüber sensibilisiert werden.

## **Migrantinnen und Migranten**

Integration kann nur vor Ort gestaltet werden. Die Menschen im Kreis Warendorf verfügen über eine kulturelle Vielfalt und Tradition, die es zu stärken gilt. Integration erfordert von beiden Seiten die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, einander zu verstehen und sich auf neue gesellschaftliche Realitäten einzulassen.

Wir setzen uns für einen Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches friedliches Zusammenleben gestärkt wird. Migration ist ein Gewinn für eine Gesellschaft und gleichzeitig ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

DIE LINKE tritt ein für ein Integrationsverständnis, das soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe zum obersten Ziel hat, dazu gehört

- ein Kommunalwahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben
- eine Integrationspolitik unter Einbeziehung von Migrationsorganisationen und die Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration
- Ghettoisierungen entgegen wirken
- zusätzliche Sprachförderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergärten und Schulen
- Wir setzen uns für eine vollständige Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in die Gesellschaft und den Abbau von Diskriminierungen ein.
- eine dezentrale Eingliederungsberatung
- eine Ombudsstelle für das Ausländeramt
- ein kommunales Angebot an Sprach- und Integrationskursen
- Herausgabe von mehrsprachigen Ratgebern für Integrationsfragen
- eine Beendigung von Ausweisungsverfahren gegen Familien
- ein dauerhaftes Bleiberecht (nicht nur „Duldung“) für Familienangehörige, deren Kinder in Deutschland geboren sind und
- ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen



- Gängige Abschiebep Praxis muss geändert werden. Ein ausreichendes Zeitfenster zur Erhebung einer Klage muss eingerichtet werden

Derzeit kommen verstärkt Menschen aus Südosteuropa in den Kreis Warendorf. Insbesondere in der hiesigen Fleischindustrie sind diese Menschen gezwungen unter schlimmsten Arbeitsbedingungen und zu unwürdigen Entlohnungen zu arbeiten und oft in beschämenden Unterkünften zu wohnen.

DIE LINKE hat bereits 2007 vor den Folgen einer Osterweiterung der EU unter den Rahmenbedingungen des offenen Marktes und viel zu geringer Transferzahlungen nachdrücklich gewarnt und darauf hingewiesen, dass ungleiche Produktionsniveaus und Lebensstandards ohne ausgleichende Abfederung aufeinanderstoßen würden.

EU-BürgerInnen, die ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen und nach Deutschland zugewandert sind, dürfen nicht Opfer dieser Politik werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europapolitik Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärkt und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützt. DIE LINKE verlangt Engagement vom Kreis Warendorf, um den betroffenen Menschen vor Ort zu helfen und unterstützt die Forderung nach Beteiligung des Bundes an den dadurch unweigerlich entstehenden Kosten.

## **Für eine sozial gerechte Familienpolitik**

Die Linke will die Lebensbedingungen von Familien verbessern. Sie will eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen und Frauen und Männern ein erfülltes Familienleben sowie berufliche Integration und eine individuelle Existenzsicherung ermöglichen.

Dafür wollen wir uns einsetzen:

- Von Kinderarmut, familienfeindlichen Arbeitszeiten und fehlenden Betreuungs- und Bildungsangeboten sind auch viele Menschen im Kreis Warendorf betroffen. Wenn auch hier der Bund gefordert ist, Abhilfe zu schaffen, so muss die Politik im Kreis zumindest weitgehende Maßnahmen zur Milderung schaffen.
- Die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und private Tagespflege sind umgehend abzuschaffen.
- Die Arbeitsplätze in diesem Bereich müssen durch gute Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung und durch einen guten Betreuungsschlüssel attraktiver werden.
- Die Qualität der frühkindlichen Entwicklung und Bildung muss verbessert werden. Dazu sind ausreichend Bildungsmaßnahmen für die Beschäftigten anzubieten.
- Aus der Wirtschaft werden oftmals Forderungen nach besserer Betreuung von Kleinkindern gestellt. Eigene Anstrengungen werden bis auf wenige Ausnahmen vermisst. Deshalb sind von den Unternehmen und sonstigen Arbeitgebern elternfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Unternehmen müssen Eltern kürzere und flexiblere Arbeitszeiten gewährleisten, ohne dass berufliche Nachteile entstehen. Dazu soll der Kreis die Arbeitgeber auffordern und ihnen konkrete Vorschläge machen.

## **Kinder und Jugendliche**

Die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich überschattet das Leben der Kinder und Jugendlichen. Kinderarmut ist im Kreis Warendorf traurige Realität. Kinderarmut hat viele Gesichter. Dazu zählen Unter- und Mangelernährung, Bildungsbenachteiligung und soziale Ausgrenzung.

Für DIE LINKE im Kreis Warendorf gilt:

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung. Kinder- und Jugendhilfe ist für Bedürftige uneingeschränkt einzusetzen.

Die Grundstruktur der Kinder- und Jugendpolitik ist weiter auszubauen.

## **Bildung für alle**

Jedem Menschen in unserer Gesellschaft muss der Zugang zu Bildung, Kultur, Wissenschaft und Information ermöglicht werden. Die soziale Herkunft spielt immer noch eine wesentliche Rolle beim Zugang zu besserer Bildung. Das Schulsystem in Deutschland ist eines der sozial ungerechtesten in Europa. Nirgendwo sonst haben Kinder aus Arbeiterfamilien und Kinder aus Einwandererfamilien so geringe Chancen auf gleichwertige Schulabschlüsse.

## **KiTa-Plätze für alle**

Seit 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab einem Jahr. Es wurden wohl viele neue U3-Plätze eingerichtet, aber teilweise Ü3-Angebote eingeschränkt. Die Gruppen wurden häufig vergrößert, sodass die Qualität darunter litt. Es stellte sich auch heraus, dass Erzieherinnen fehlten. Da das Angebot nicht ausreichte, konnten viele Eltern nur die Tagespflege wählen, die sich als erheblich teurer erwies.

Deshalb tritt DIE LINKE im Kreis Warendorf ein für:

- KiTa-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, mit flexiblen, bedarfsgerechten Öffnungszeiten, mit hochwertiger und preiswerter Essensversorgung
- personell und materiell gut ausgestattete und wohnortnahe KiTas
- Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern auch in Bezug auf Öffnungszeiten.

## **Grundschule**

Im ländlichen Bereich gefährden die zurückgehenden Schülerzahlen die wohnortnahen Grundschulen. DIE LINKE fordert vom Kreis, alle Möglichkeiten zum Erhalt kleiner wohnortnaher Grundschulen auszuschöpfen. Der „Offene Ganztag“ sollte allen Kindern ermöglicht werden.

## **Sekundarschule I**

In den letzten Jahren wurden im Kreis mehrere Sekundar- und Gesamtschulen errichtet, die gemeinsames Lernen auch nach der Grundschule ermöglichen. Dies begrüßt DIE LINKE. Wir gehen davon aus, dass der Kreis, wenn Kommunen und Eltern das möchten, weitere Gesamtschulgründungen unterstützt.

## **Sekundarschule II**

Viele Gesamtschulen und Gymnasien verfügen in der Oberstufe über zu wenig Schülerinnen und Schüler, um ein angemessenes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen anbieten zu können. Viele Gymnasien versuchen, durch Kooperation breitgefächerte Angebote zu ermöglichen. Wünschenswert wäre es, wenn auch Gesamtschulen und Berufskollegs in solche Kooperationen einbezogen würden.

## **Inklusion**

Die seit 2009 auch für Deutschland verbindliche Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen hat u.a. zum Ziel, Menschen mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem einzugliedern. Im Dezember 2010 hat der Landtag NRW beschlossen, die Inklusion in der Schule umzusetzen. Dabei wurde festgelegt, dass die allgemeine Schule der Regelförderort ist, die Eltern aber das Recht haben, für ihr Kind eine entsprechende Förderschule zu wählen.

Ob die Eltern künftig eine Wahl haben, ist mit Recht zu fragen. Da aus nicht nachvollziehbaren Gründen nur noch bei wenigen Kindern der Förderbedarf festgestellt wird, fehlen z.B. an den Förderschulen für Lernen die notwendigen Schülerzahlen, sodass die Schulen vermutlich geschlossen werden müssen. Dies trifft auf Förderschulen in Ahlen, Beckum, Ennigerloh, Oelde und Warendorf zu. Damit ist der Elternwille ausgehebelt, eine allgemeine Schule oder eine Förderschule zu wählen. In besonderen Fällen müssten dem behinderten Kind weite Fahrzeiten zugemutet werden.

Die Linke fordert deshalb den Kreis Warendorf auf,

bei der sich abzeichnenden Entwicklung umgehend als möglicher Schulträger tätig zu werden, damit im Kreis Warendorf künftig überhaupt jeweils eine Förderschule mit entsprechendem Schwerpunkt angeboten werden kann.

Grundsätzlich fordert DIE LINKE im Kreis Warendorf:

- gleiche Lebens- und Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen
- sozial ausgleichende, kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich Ausbildung oder Studium
- Schulen mit Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf müssen in der Sach- und Personalausstattung in besonderer Weise berücksichtigt werden. Schulklassen, in denen sich Kinder mit Förderbedarf befinden, sollten weitgehend in einer Doppelbesetzung (zwei Lehrer) unterrichtet werden, um möglichst allen Kindern gerecht zu werden.
- Schulen mit Schülern und Schülerinnen aus Migrantenfamilien, prekären sozialen Verhältnissen müssen ebenfalls in der Sach- und Personalausstattung besondere Berücksichtigung finden. Hierzu ist die notwendige personelle Ausstattung mit Sprachtherapeuten, Sprachlehrern, Schulpsychologen u. a. sicherzustellen.
- Der Kreis Warendorf muss für finanziellen Ausgleich - wo es notwendig ist - sorgen (z. B. Kosten für Einschulung, Fahrtkosten, Mittagessen, Lern- und Unterrichtsmittel sowie Schulausflüge). Der weit verbreiteten Kinderarmut ist gerade auch auf der Schulebene gezielt zu begegnen.

- Der Kreis Warendorf hat als Schulträger für eine optimale räumliche, materielle und personelle Ausstattung aller Schulen zu sorgen.

## **Schulsozialarbeit**

An vielen Schulen unterstützen die Sozialarbeiter die Schülerinnen und Schüler im Unterricht. Im Kreis Warendorf werden die Schulsozialarbeiter, die über das Bildungspaket finanziert sind, auch noch im Jahr 2014 beschäftigt.

DIE LINKE fordert,

dass dieses Programm auch im Hinblick auf ein Gelingen der Inklusion weitergeführt und ausgeweitet werden muss. Die Finanzierung müssen der Bund oder das Land leisten, notfalls aber muss der Kreis einspringen, um nicht den Kindern die notwendigen Hilfen zu entziehen.

## **Umwelt und Verkehr**

Auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise bleibt die Sorge für die Umwelt eine Hauptaufgabe für uns alle. Ökologisches Handeln ist eine Investition in die Zukunft und der richtige Weg, intelligent und vorausschauend wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

Die LINKE will im Kreistag Initiativen ergreifen und fordert:

- Ausbau und Verdichtung des Öffentlichen Nahverkehrs im Verkehrsverbund
- Investition in die Wiederaufnahme des Personenverkehrs der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE) auf der Strecke Münster - Neu- beckum
- Zurückhaltung beim Straßenneubau und Vorrang für die Erhaltung und Sanierung.
- Flächen des Kreises sollen grundsätzlich frei von Gentechnik bewirtschaftet werden.
- Forstflächen im Besitz des Kreises sollen vorrangig dem Naturschutz und der Artenvielfalt dienen.
- Die Flächen für die Erzeugung von Windenergie sollen im Kreis genutzt werden, so weit es rechtlich möglich ist.
- Die Verwaltung muss ihre Beschaffung laufend ökologisch überprüfen.
- In allen Ausschreibungen des Kreises für Beschaffungen, Reparaturen oder Neubauten sollen ökologische Kriterien Vergabebedingungen sein.
- Die RWE-Aktien des Kreises sollen offensiv dazu genutzt werden, bei den RWE eine Abkehr von der Atomenergie zu erreichen. Erträge aus den Aktien sollen dazu genutzt werden, die Programme für regenerative Energien zu finanzieren.
- Der Kreis unterstützt die Städte und Gemeinden darin, das Stromnetz in Eigenregie zu übernehmen.

- DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Der Kreis Warendorf muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Form der Energiegewinnung zu verhindern.

## **Kampf gegen Rechts**

Nach der größten existenziellen und moralischen Katastrophe unseres Landes müssen wir jede Art von Faschismus und Nationalismus bekämpfen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe von Nationalisten und Rassisten. DIE LINKE unterstützt alle Aktionen, Veranstaltungen und jegliche Bestrebungen, die sich gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus richten. Alten und neuen Faschisten muss der Nährboden entzogen werden! Kinder und Jugendliche müssen immun gemacht werden gegen Verführungen rechter Ideologien.

Auch im Kreis Warendorf gibt es eine rechte Szene, von der Gefahren für Andersdenkende ausgehen.

DIE LINKE tritt dieser Entwicklung entgegen und unterstützt Aktionen zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Zeit wie z. B. die „Stolpersteine“ oder den „Zug der Erinnerung“.

Jeder, ob Privatperson oder öffentliche Institution, ist gefordert, gegen Rassismus und Rechtsextremismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einzutreten.

DIE LINKE setzt sich im Kreis Warendorf ein für:

- die Bereitstellung finanzieller Mittel zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an den Schulen des Kreises, den Berufskollegs
- eine ausreichende finanzielle und personelle Unterstützung der Arbeit interkultureller Zentren sowie der für Integration arbeitenden Bündnisse, Vereine, Initiativen und Projekte im Kreis
- die Förderung kultureller und jugendpolitischer Arbeit im Kreis Warendorf gegen rechts.

## **Konsequent friedlich**

Die Militarisierung der Außenpolitik ist längst auch in den Kommunen angekommen. Die Bundeswehr wird zu einer weltweit agierende Eingreiftruppe zur Durchsetzung der „sicherheitspolitischen Interessen“ Deutschlands umgebaut. Die Bundeswehr führt, nicht zuletzt durch die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht bedingt, eine gezieltere Rekrutierung von jungen Soldatinnen und Soldaten durch. Mit der Stationierung von Drohnen, der Ausrichtung der jährlich stattfindenden Jugendsportevents und der Veranstaltung von Seminaren „Politik und Internationale Sicherheit“ (POL&IS) für Schülerinnen und Schüler sind die Standorte in Ahlen und Warendorf in dieser Zukunft angekommen. Auch im Kreis Warendorf wirbt die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs.

DIE LINKE setzt sich ein für

- die völlige Offenlegung der Zusammenarbeit zwischen Kreis Warendorf und Bundeswehr,
- ein Ende der Informationsveranstaltungen der Bundeswehr in Jobcentern oder Arbeitsämtern,
- eine umfassende Information der Jugendlichen über deren Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe von Meldedaten an die Bundeswehr,
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach Militaristen und Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistischen Namen tragen,
- Schule als Lernort des Friedens. Die Bundeswehr hat in Schulen nichts zu suchen. Deshalb wendet sich DIE LINKE gegen Auftritte von Jugendoffizieren, Teilnahme von Schülerinnen an (POL&IS)-Seminaren und gegen die Teilnahme von Lehrenden an Fortbildungsseminaren der Bundeswehr.
- DIE LINKE wehrt sich gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens und fordert, dass der Kreis Warendorf der Bundeswehr Standplätze an Schulen oder ähnlichen Orten verweigert.

## Schlusswort

Gemeinsam wollen wir dafür streiten, „dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Das formuliert DIE LINKE in ihrem Grundsatzprogramm. Auch in der kommunalen Arbeit will DIE LINKE diesem Anspruch gerecht werden.

DIE LINKE ist angetreten, sich mit dieser unsozialen und undemokratischen Entwicklung nicht abzufinden. Sie akzeptiert nicht die angeblichen Spar- und Sachzwänge, sondern deckt die Interessen auf, die hinter diesen vermeintlichen Zwängen wirklich stehen, und will diese Verhältnisse im Interesse der Menschen verändern.

DIE LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbstbestimmtes Leben.

DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. DIE LINKE will die Demokratisierung der Demokratie.

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Wir wollen partnerschaftlich mit den Menschen vor Ort Entscheidungen treffen.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt.

DIE LINKE wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Und dies wollen wir gemeinsam mit allen Menschen tun, die eine andere und bessere Art von Leben anstreben.

Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- Widerstand und Protest,
- den Anspruch auf Gestaltung sowie

- über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen.

Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen einer Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune nicht allein lösen. Erst wenn ein bundespolitischer Politikwechsel eingeleitet worden ist, bestehen in der Kommune ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem Weg dorthin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und auch damit den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel vorantreiben.

***Helpen Sie mit! Treten Sie ein  
für ein solidarisches Miteinander  
und soziale Gerechtigkeit in der Welt.***

Wenn Sie sich weiter über DIE LINKE informieren möchten, dann finden Sie uns im Internet unter: [www.dielinke-kreis-warendorf.de](http://www.dielinke-kreis-warendorf.de)



**AUCH**

**100%**  
**SOZIAL**

**KOMMUNAL**